

## **Unsere Sichtweise zur Rolle Deutschlands im Nahostkonflikt**

### Beurteilung der Situation

Deutschland befindet sich dem Volke Israel gegenüber in einer besonderen, aus einschneidendsten Ereignissen der jüngeren Geschichte entstandenen, Position. Menschen jüdischen Glaubens ist (neben anderen) in und durch Deutschland und Deutsche unermessliches Leid zugefügt worden. Eine jetzige enge, freundschaftliche und vor allem helfende Beziehung zum Staat der Juden ist in Anerkennung dieser Schuld der deutschen Kriegsgeneration unverzichtbar. Deutschland muss dem Volke Israel ein Freund sein in der Welt.

Dies schließt aber eine neutrale Beurteilung der Lage in der Region nicht aus. Im Gegenteil, es macht sie aus zwei Gründen unverzichtbar: a) Nur mit einem klaren Blick lassen sich die auch für Israel besten Entscheidungen treffen und b) wären wir ein schlechter Freund der Menschen Israels, wenn wir stets nur der jeweiligen israelischen Regierung opportune Standpunkte einnehmen und ihnen folgend handeln.

Die geschichtliche Entwicklung im Nahen Osten ist komplex und vielschichtig. Beiden Haupt-Konfliktparteien sind Rechte auf ihre Forderungen und eine Richtigkeit derer Herleitungen nicht abzuspochen. Sowohl von Seiten der Palästinenser als auch von israelischer Seite ist ein Anspruch auf „eigenes Land“ in der Region verständlich und nachvollziehbar.

Eine lange Reihe von teils schweren bewaffneten Auseinandersetzungen hat gezeigt, dass eine Lösung mit Gewalt und Unterdrückung keinerlei Erfolge in Bezug auf Sicherheit und Frieden in der Region bringt. Langfristig kann nur eine diplomatische Lösung unter Einbeziehung aller Beteiligten und unter Berücksichtigung aller Interessen Schritt für Schritt zu Entspannung führen.

Die destruktive Position des schiitischen Iran allerdings ist allein auf Vernichtung des Staates Israel und aller Juden ausgerichtet und somit nicht diskutabel. Auf keinen Fall kann Israel das Recht auf Selbstverteidigung gegen einen solchen Zerstörungswillen abgesprochen werden. Was aber keinesfalls bedeutet, dass dabei das richtige Maß und Rücksicht auf realpolitische Konsequenzen nicht gewahrt bleiben müssten.

Die Attentatswelle der Hamas vom 7. Oktober 2023 stellt eine weitere Zäsur im langen Ringen zwischen Israel und den Palästinensern dar. Derartige Grausamkeit und Unmenschlichkeit wären mit den besten Argumenten nicht zu rechtfertigen oder gar zu begründen. Wer solche Taten ausführt oder gutheißt steht abseits aller menschlich-moralischen Werte und kann nur als Terrorist schlimmster Sorte bezeichnet werden.

Dennoch muss auch hier, wie bei allen Auseinandersetzungen dieses Konfliktes zuvor, die Vorgeschichte betrachtet werden. Nicht, um die Taten zu rechtfertigen, sondern um sie korrekt einzuordnen und zu beurteilen, nämlich dass sie eine weitere (immense) Eskalation in einer Spirale von Gewalt darstellen, die sich jetzt in ungeahnte Höhen zu schrauben scheint.

Denn auch die israelische Reaktion auf die Taten der Hamas am 7. Oktober stellt wiederum eine Eskalation dar. Natürlich, Israel hatte unbestreitbar das Recht auf Selbstverteidigung – aber das schließt nicht die Vertreibung, Misshandlung und Tötung abertausender Zivilisten ein. Und es beachtet nicht den logischen Gedanken, dass Gewalt immer Gegengewalt und eine Eskalation immer eine Eskalation bewirken. Vor allem weil die israelische Offensive keinem umfassenden Plan zu folgen und somit langfristig auch aus diesem Gesichtspunkt nicht zielführend zu sein scheint.



## Reale Politik

Aus oben genannten Gründen sollte es ein Einwirken auf die jetzige israelische Regierung zur Deeskalation geben. Die humanitäre Hilfe für Gaza sollte stark ausgeweitet und jegliche militärische Gewalt dort eingestellt werden.

Im zweiten Schritt muss es einen Plan geben (an dem sich durchaus auch externe Unterstützer beider Seiten beteiligen könnten und sollten), wie eine Befriedung der Region auf kurze Sicht aber auch in der Zukunft möglich werden kann. Teil dieses Planes müssen a) die Entmachtung der Hamas und die Aufstellung einer legitimierten palästinensischen Interessenvertretung, um Verhandlungen überhaupt erst möglich zu machen und b) die Bereitschaft zu Zugeständnissen auch auf israelischer Seite sein.

Der Konflikt mit dem Iran sollte komplett differenziert betrachtet und den Menschen auch so kommuniziert werden. Hier geht es um die Ansage einer Todfeindschaft, die (vom Iran gesehen) mit der totalen Zerstörung Israels enden soll. Dies aus vielfach politische Motiven, um selber Führungsmacht innerhalb der arabischen Staatenwelt aufzubauen und sich als Vorstreiter und Beschützer der Palästinenser zu inszenieren. Auch hier dürfen Regierung und Volk nicht undifferenziert gleich betrachtet werden, denn ein Großteil der Iranischen Bevölkerung lehnt das Regime zumindest in Teilen ab, wünscht sich eine andere Politik, wird aber von den Machthabern hart bis grausam unterdrückt.

Auch gegen die Pläne des Iran bildet eine gelungene Friedenspolitik zwischen Israel und den Palästinensern den besten Schutz, beraubt sie den Iran damit doch seiner besten Akteure.

Ansonsten muss gegen die Radikalität und Feindseligkeit des Mullah-Regimes entschlossen vorgegangen werden. Dies indem möglichst breite Allianzen geknüpft, Mitstreiter und Befürworter auch im arabischen Lager gesucht und eingebunden werden, und indem Israel möglichst umfassende Sicherheits- und Beistandsgarantien für den Fall eines iranischen Angriffs bekommt.

An all diesen Aspekten sollte Deutschland aktiv mitarbeiten und sich konstruktiv diplomatisch einbringen. Vorsicht: Wiederum nicht hochtrabend, westlich-belehrend sondern auf Augenhöhe und in der Rolle des Vermittlers, der jedoch ganz klar und offen seinen Beistand zu Israel im Falle der Bedrohung erklärt.

Dieser garantierte Beistand allerdings darf kein Blankoscheck sein: Stellt sich Israel gegen Menschen- oder Völkerrecht, oder reagiert Israel mit völlig überzogenen Mitteln, so setzt sich Israel nicht nur ins Unrecht sondern schadet auch den eigenen Interessen, was die Stellung in der Völkergemeinschaft, die



Zustimmung seiner Nachbarn und die Hoffnung auf einen zukünftigen Frieden angeht.

Es kann an dieser Stelle nicht Deutschlands Rolle als wohlmeinender Freund des Israelischen Volkes sein, hier bedenkenlos Zustimmung oder sogar Hilfe zu leisten. Vielmehr ist hier konstruktive Kritik unabdingbar – gerade um langfristig Schaden von Israel abzuwenden. Wer dies als Antisemitismus brandmarkt hat die Lage nicht politisch genug betrachtet.

Um es abschließend an dieser Stelle aber noch einmal zu betonen: Antisemitische Äußerungen, die in jedweder Form Menschen jüdischen Glaubens abwerten oder die Ereignisse des Holocaust relativieren, haben wiederum nichts mit dieser politischen Betrachtung zu tun und können und dürfen in Deutschland nicht toleriert werden.



Im April 2024

